

1 SPD Unterbezirk Groß-Gerau

2

3

## **Wahlprogramm**

4

### **für die Wahl zum Kreistag**

5

### **des Landkreises Groß-Gerau**

6

**am 6. März 2016**

7

8 **beschlossen vom Unterbezirksparteitag am 19.09.2015**

9

- 10 I. Gemeinsam für einen fortschrittlichen und sozialen Landkreis  
11 II. Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung als Grundlage für Arbeitsplätze und  
12 Innovationen  
13 III. Unsere Schulen: Eine Landschaft der Vielfalt und der Bildungsgerechtigkeit  
14 IV. Mobilität durch bürgernahe Verkehrspolitik  
15 V. Der soziale Kreis  
16 -das Jobcenter-  
17 -die AVM gGmbH-  
18 -Förderung einer Zweitausbildung-  
19 -bezahlbarer Wohnraum-  
20 -Flüchtlinge-  
21 -demografischer Wandel und Altersarmut-  
22 -ärztliche Versorgung-  
23 -die Kreisklink-  
24  
25 VI. Die finanzielle Lage  
26 VII. Die Energiewende konsequent umsetzen  
27 VIII. Umwelt und Naturschutz  
28 -Flughafen-  
29 - biologische Vielfalt und Naturschutzgebiete-  
30 -Erhalt der Wälder-  
31 -Abfallwirtschaft-  
32 IX. Das gemeinschaftliche Miteinander im Kreis

33

34

35

36

---

37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83

**I. Der Kreis Groß-Gerau: Gute Bedingungen für wirtschaftlichen Fortschritt und soziales Miteinander**

Der im Zentrum des Rhein-Main-Gebiets gelegene Kreis gehört zur Metropolregion FrankfurtRheinMain. Die Zukunftsfähigkeit und der Wohlstand dieser dynamischen Region sind davon abhängig, wie gut die Politik, die Wirtschaft, die Wissenschaft und nicht zuletzt das soziale Netz **gemeinsam** willens und in der Lage sind, die Herausforderungen der Zukunft zu lösen. Leider steht bis jetzt die Landesregierung noch zögerlich einer verwaltungstechnischen Organisation der Region gegenüber. Zumindest ein Staatsvertrag zwischen den Ländern Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz hätte hohe Priorität.

**Die SPD im Kreis Groß-Gerau fordert deshalb, dass in der Region einvernehmliche Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche Aufgaben entwickelt werden.**

Dazu gehören zum Beispiel der Wohnungsbau, das Gesundheitswesen, die Mobilität und die verkehrliche Infrastruktur, Reaktionen auf den demografischen Wandel, Umwelt – und Naturschutz und eine Flächenbilanz für Wohnen und Gewerbe.

**Es ist in hohem Maße anerkennenswert, dass Landrat Thomas Will zu den Erstunterzeichnern einer anzustrebenden Verfasstheit der Metropolregion gehört.-**

Der Kreis Groß-Gerau zeichnet sich einerseits durch eine Vielfalt von Arbeitsplätzen in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, andererseits aber auch durch eine ideenreiche und leistungsfähige Landwirtschaft aus.

**Die SPD im Kreis Groß-Gerau wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass durch eine starke Fachabteilung „Wirtschaftsförderung“ sowohl der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft als auch die kompetente Unterstützung bei Unternehmensgründungen erhalten bleibt.-**

Zum Leben im Kreis Groß-Gerau gehören ebenso die Möglichkeiten der Naherholung, die Natur- und Landschaftsschutzgebiete, die Projekte Regionalpark Rhein-Main und Geo-Naturpark Bergstraße –Odenwald. Die Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass diese Refugien gepflegt und erweitert werden. Ein besonderes Anliegen ist die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden untereinander und ihre Unterstützung durch den Kreis, denn in den Kommunen wird über die Infrastruktur, die Kindertagesstätten, die Bibliotheken, die Schwimmbäder, Sportstätten und über die Ausstattung der Feuerwehren entschieden. Ein positives Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit ist die Kooperation des Kreises mit seinen 14 Städten und Gemeinden im Rahmen des kreisweiten IKZ-Projektes zu unterschiedlichen Themenfeldern.

**Die SPD will für den Kreis Groß-Gerau handlungsfähige Städte und Gemeinden. Sie fordert vom Land Hessen, dass über den Kommunalen Finanzausgleich den Kommunen die zur Erbringung ihrer Leistungen in der Daseinsfürsorge *dringend notwendigen Finanzmittel tatsächlich ausgezahlt werden*. Es darf nicht sein, dass die Städte und Gemeinden den Bürgerinnen und Bürgern immer tiefer in die Taschen greifen müssen, weil das Land seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.**

84 **II. Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung als Grundlage für Arbeitsplätze und**  
 85 **Innovation**

86

87 Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muss sich vor allem an dem  
 88 Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen messen lassen. Die SPD im Kreis Groß-  
 89 Gerau unterstützt die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Förderung der  
 90 aktiven Wirtschaftsförderung des Landkreises: Standortmarketing macht nationale  
 91 und internationale Investoren auf den Standortvorteil und das Potential des Kreises  
 92 aufmerksam. Der Existenzgründungsservice mit Fachseminaren und Praxisshops  
 93 hilft, neue Unternehmen zu gründen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Im  
 94 Technologie, Innovations- und Gründungszentrum in Gustavsburg werden  
 95 Büroräume für junge Unternehmen angeboten und diese bei ihrem  
 96 Gründungsprozess beraten.

97 Das Marktforschungsunternehmen Prognos AG hat in seinem Zukunftsatlas 2013 für  
 98 den Kreis Groß-Gerau in den Kategorien „**Wettbewerb und Innovation**“ unter 402  
 99 untersuchten Landkreisen den **Platz 8** ermittelt. Dies ist ein stolzes Ergebnis für  
 100 einen Landkreis, der über Jahrzehnte hinweg sozialdemokratisch geführt wird

101

102 **Forderungen der SPD an die Akteure einer weiteren Wirtschaftsentwicklung sind:**

103 **-Bemühungen um einen Branchenmix zur Vermeidung einer Monostruktur-**

104 **-Schwerpunkt auf innovative Unternehmen der „Industrie 4.0“ –**

105 **-Organisatorische Unterstützung von Unternehmen, die individuelle**  
 106 **Arbeitszeitmodelle anbieten.-**

107 **-Zur Wirtschaftsförderung gehört ein flächendeckender Breitbandausbau; immer**  
 108 **mehr Unternehmen sowie unsere Bürgerinnen und Bürger sind auf einen**  
 109 **schnellen Internetanschluss angewiesen.-**

110 **-Die SPD fordert, dass die Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt keinesfalls**  
 111 **zum Nachteil der Arbeitnehmerschaft erfolgen dürfen.-**

112

113 **III. Unsere Schulen: Eine Landschaft der Vielfalt und der Bildungsgerechtigkeit**

114

115 Der Kreis Groß-Gerau verfügt in seiner Schulträgerschaft über ein umfassendes  
 116 Angebot an Schulen und Schulformen: -27 Grundschulen mit ca. 23.000 Schülerinnen  
 117 und Schülern-

118 -1 Haupt- u. Realschule mit ca. 650 Schülerinnen und Schülern-

119 -5 Gymnasien mit ca. 4.600 Schülerinnen und Schülern-

120 -5 Integrierte Gesamtschulen mit ca. 5.300 Schülerinnen und Schülern-

121 -4 Förderschulen mit ca. 530 Schülerinnen und Schülern-

122 -2 Berufliche Schulen mit ca. 5.400 Schülerinnen und Schülern-

123 Ergänzt wird diese ungewöhnlich vielfältige Schullandschaft noch durch die  
 124 schulischen Einrichtungen in Kelsterbach und Rüsselsheim, die sich in Trägerschaft  
 125 dieser Städte befinden.

126 Zu den Schulträgeraufgaben gehören die Errichtung, die Unterhaltung und der  
 127 Betrieb der Schulgebäude, Schulhöfe und Sporthallen. Im Personalbereich ist der  
 128 Kreis zuständig für die Schulsekretariate, die Hausmeisterdienste und in  
 129 zunehmendem Maße für eine gesunde Mittagsmahlzeit. Den wichtigen Einsatz von  
 130 Schulsozialarbeit hat das Land den Kommunen überlassen.

131 **Die Unterrichtsversorgung ist Aufgabe des Landes.**

132

133 Der Kreis Groß-Gerau sowie Rüsselsheim und Kelsterbach bieten in ihrer  
 134 Schulträgerschaft traditionell mehr als den zu erwartenden Standard. Die Qualität  
 135 unserer Schulen leitet sich konsequent aus den Zielen ab, die wir engagiert in der  
 136 Ausgestaltung der Bildungsarbeit des Kreises verfolgen:

137

- 138 • Die Potentiale unserer Kinder richtig erkennen und ausschöpfen, um für sie  
 139 den jeweils bestmöglichen Schulabschluss erreichen zu können.
- 140 • Kinder dürfen nicht zurückgelassen werden. Jedes Bemühen um Förderung  
 141 und Integration schafft zusätzliche Chancen.
- 142 • Integrierte System, wie wir sie mit unseren Gesamtschulen geschaffen haben,  
 143 halten Wege zum Abitur und zu einem Studium offen.
- 144 • Familien dürfen mit der Bildungsförderung ihrer Kinder nicht alleine gelassen  
 145 werden. Daher bauen wir die Ganztagsangebote in unseren Schulen  
 146 kontinuierlich weiter aus. Ziel ist ein breites Spektrum an echten  
 147 Ganztagschulen, die auch die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit  
 148 sicherstellen.
- 149 • Inklusion muss Normalzustand an unseren Schulen sein. Dafür sind sie in  
 150 sächlicher und personeller Hinsicht entsprechend auszustatten.
- 151 • Unsere Schulen sollen nicht nur die kognitive Entwicklung der Kinder  
 152 engagiert fördern. Nach unserem Verständnis sind Schulen soziale Lernorte,  
 153 die für die Gesamtheit der Persönlichkeit der Kinder positive Impulse liefern  
 154 sollen. Dazu gehört auch das Erlernen eines gefahrfreien Umgangs mit  
 155 modernen Medien, die vom außerschulischen Alltag unserer Kinder  
 156 zunehmend Besitz ergreifen.
- 157 • Jungen Menschen ohne allgemeine Hochschulreife muss es in noch stärkerem  
 158 Maße als bisher ermöglicht werden, eine qualifizierende Ausbildung oder gar  
 159 ein Studium an einer Fachhochschule durchlaufen zu können. Deshalb  
 160 kommt den Berufsschulen im Kreis Groß-Gerau eine besondere Bedeutung  
 161 zu. Im Verbund mit Gesamtschulen und Gymnasien eröffnen sie jungen  
 162 Menschen entsprechende Perspektiven. Um dieser Funktion voll  
 163 entsprechen zu können, wollen wir unsere Berufsschulen unterstützen und  
 164 weiterentwickeln.

165

166 Bei der Umsetzung dieser Ziele sind wir auf Partner angewiesen, denn zum Beispiel  
 167 für die Bereitstellung des pädagogischen Personals ist das Land zuständig. Daher  
 168 zielen einige unserer Forderungen auf das Land und den Bund:

169

- 170 • Für den Aufbau/Ausbau von Ganztagschulen benötigen wir die erforderlichen  
 171 finanziellen Mittel.
- 172 • Schulsozialarbeit ist als natürlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit an  
 173 Schulen zu verstehen und daher zukünftig zwingend vom Land zu finanzieren  
 174 sowie bedarfsgerecht auszubauen

175

- 176 • Die Unterbringung einer anhaltend hohen Zahl von Flüchtlingen macht eine  
 177 deutliche Ausweitung des zur Verfügung stehenden pädagogischen  
 178 Personals erforderlich. Das Land muss sich unverzüglich darum bemühen,  
 179 zusätzliche Stellen für Lehrer/innen und Sozialpädagogen zu schaffen.  
 180

181 Wir setzen uns dafür ein, dass die durch die SPD initiierte und bereits in drei  
 182 Ausbaustufen umgesetzte Einführung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen des  
 183 Kreises zum Schuljahresbeginn 2016/2017 abgeschlossen wird und dann an jeder  
 184 Grundschule im Kreis ein Schulsozialarbeiter mit einer halben Stelle tätig ist.

185 Neben der kompletten Einführung von Schulsozialarbeit an den Grundschulen bei  
 186 allen drei Schulträgern in unserem Kreis gehört zu den politischen Forderungen der  
 187 SPD, dass in den kommenden 5 Jahren das Personal für die Schulsozialarbeit stetig  
 188 aufgestockt werden muss. Die stets komplexer werdende Schülerstruktur erfordert  
 189 in den Schulen in immer stärkeren Maße den Einsatz von Sozialarbeitern und  
 190 Sozialpädagogen.

191 Der Kreis Groß-Gerau macht seine „Hausaufgaben“ bei der Sanierung und  
 192 Modernisierung der Schulgebäude sowie der sächlichen Ausstattung vorbildlich. So  
 193 wurden in den letzten Jahren für Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Schulen  
 194 und die Neuerrichtung über 400 Millionen Euro investiert. Dabei wurden zugleich  
 195 Maßstäbe bei der ökologischen und energetischen Qualität gesetzt, denn seit 2009  
 196 werden Neubauten grundsätzlich in Passiv-Haus-Bauweise errichtet.  
 197

198 **Unter der Prämisse „vom Lehrort zum Lern- und Lebensort“ stellt die SPD folgende**  
 199 **Anforderungen an Neubauten und Grundsanierung:**

- 200 • **Räume für die Realisierung von Ganztagsangeboten-**  
 201 • **Mensa, Differenzierungs- und Ruheräume-**  
 202 • **Inklusionsvoraussetzungen: Barrierefreiheit, Aufzüge-**  
 203 • **Moderne Medientechnik : Digitale Tafeln, Beamer, W-Lan-**

204 **Schulhöfe, die zur Bewegung einladen und diese auch einschränkungslos**  
 205 **ermöglichen**

206 Ein heftig diskutiertes Thema bei der Verabschiedung **des Schulentwicklungsplans**  
 207 **2015- 2020** im Kreistag war das Thema **Inklusion in den Schulen**. In der UN-  
 208 Behindertenrechtskonvention heißt es sinngemäß, dass Menschen mit  
 209 Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem  
 210 ausgeschlossen werden, und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von  
 211 Behinderungen vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder  
 212 vom Besuch einer weiterführenden Schule ausgeschlossen werden.

213 Bereits im Mai 2012 wurde durch einen von der SPD-Fraktion initiierten Antrag der  
 214 Kreisausschuss beauftragt, im Schulentwicklungsplan die Wege zur Inklusion an den  
 215 Schulen des Kreises darzustellen.

216 Gerade das Projekt „Inklusion an den Schulen des Kreises“ und die Vereinbarung der  
 217 Schulträger Kreis Groß-Gerau, Stadt Kelsterbach und Stadt Rüsselsheim mit dem  
 218 Land Hessen zur modellhaften Umsetzung der Inklusion wurden von der Kreis-CDU

219 vehement abgelehnt. Die Diskussion zeigte, dass im Gesellschaftsbild konservativer  
220 Politik immer noch die selektive Funktion des Schulwesens eine Rolle spielt.

221 Allerdings gilt auch für die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion, dass das Land  
222 Hessen die notwendigen pädagogischen und sozialpädagogischen Stellen zur  
223 Verfügung stellt. Hierfür wird die SPD energisch eintreten.

224

#### 225 Kreisvolkshochschule

226 Weiterbildung ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

227 Die Möglichkeit des lebenslangen Lernens und der Erwerb aktueller Techniken  
228 gehören zu den wichtigen Aufgaben eines kommunalen Bildungsangebots. Obgleich  
229 der Finanzbedarf für den Eigenbetrieb Kreisvolkshochschule in Zeiten knapper  
230 Finanzen kontrovers diskutiert wird, **will die SPD an der Vielfalt des Angebots und**  
231 **an den dezentralen Unterrichtsstätten festhalten.**

232 Fremdsprachenkurse auf hohem Niveau, EDV-Kurse mit unterschiedlichen  
233 Schwerpunkten, kaufmännische Grundlagenkurse, Textverarbeitung für die  
234 Büropraxis oder die Alphabetisierungskurse sind nur einige Beispiele, warum die  
235 KVHS ein nicht einzuschränkender Baustein im Bildungssystem des Kreises ist.

236

#### 237 **IV. Mobilität durch bürgernehe Verkehrspolitik**

238

239 Durch seine Lage im Ballungsraum verfügt der Landkreis über engmaschige  
240 Verkehrsverbindungen: Mehrere Bahnlinien, Autobahnen, Bundes-, Landes- und  
241 Kreisstraßen erschließen das Kreisgebiet und stellen Verbindungen zu den  
242 umliegenden Großstädten her.

243 Diese gute Verkehrsanbindung bringt jedoch auch Nachteile mit sich: Stark  
244 befahrene Ortsdurchfahrten, lärmbelastete Wohngebiete an Schienen und Straßen  
245 und klima- und gesundheitsschädliche Abgase.

246 Der Kreistag hat deshalb ein „**Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept**“  
247 beschlossen und einen leistungsfähigen Nahverkehrsplan auf den Weg gebracht.

248 **Die SPD will dabei folgende Ziele verfolgt wissen:**

- 249 • **Das Verkehrssystem soll möglichst geringe Umweltbelastungen erzeugen.**
- 250 • **Die Verlagerung des individuellen KFZ-Verkehrs auf den ÖPNV muss durch ein**  
251 **gutes Angebot von Bahn und Bus gefördert werden.**
- 252 • **Ein sicheres Radwegenetz soll für kurze Strecken den PKW ersetzen.**
- 253 • **Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen barrierefrei nutzbar sein.**
- 254 • **Die Taktdichte der S- und Regionalbahnen darf nicht zugunsten des**  
255 **Güterverkehrs und des Fernverkehrs eingeschränkt werden.**
- 256 • **Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete in den Städten und Gemeinden ist**  
257 **die schonende Verkehrsanbindung ein wichtiger Entscheidungsfaktor.**
- 258 • **Die Städte und Gemeinden werden bei Beantragung und Durchsetzung von**  
259 **Schallschutzwänden für stark belastete innerstädtische**  
260 **Bahnstreckenabschnitte unterstützt.**

261

262 Damit die Finanzierung des Ausbaus des ÖPNV gesichert werden kann, fordert die  
 263 SPD eine zweckgebundene Nahverkehrsabgabe. Damit wollen wir sicherstellen, dass  
 264 alle Bürgerinnen und Bürger die lokalen Bus- und Bahnverbindungen nutzen  
 265 können, ohne direkt belastet (Fahrkarte kaufen) zu werden. Mit dem „kostenfreien“  
 266 ÖPNV wollen wir noch mehr Menschen inspirieren vom Auto auf öffentliche  
 267 Verkehrsmittel umzusteigen. Die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf  
 268 unser Klima (CO<sub>2</sub>-Ausstoß), auf die Belastung der Straßen (Unterhaltskosten)  
 269 untermauern dieses Ziel.

270

271

## 272 V. Der soziale Kreis

273

274

275 Der größte Teil der Menschen, die im Kreis Groß-Gerau arbeitslos gemeldet sind,  
 276 haben keinen Schulabschluss. Daran lässt sich erkennen, wie wichtig eine  
 277 kompetente Sozialpolitik im Kreis ist, die ganz bewusst auf die Verbesserung von  
 278 Bildungschancen zielt.

279 Die SPD wird sich zum Abbau und der Vermeidung von Arbeitslosigkeit verstärkt dem  
 280 bildungs- und sozialpolitischen Arbeitsfeld widmen.

281 Für die nächsten fünf Jahre stellen wir deshalb folgende Forderungen:

- 282 • **Das kommunale Jobcenter muss seine Außenstellen behalten.-**
- 283 • **Es ist personell so auszustatten, dass:**
  - 284 • **durch geeignete Eingliederungsmaßnahmen eine größere Zahl**
  - 285 **„erwerbsfähiger“ Leistungsberechtigter auf einen Arbeitsplatz**
  - 286 **beziehungsweise einen Ausbildungsplatz vermittelt werden kann;**
  - 287 • **die Integrationsquote von Langzeitarbeitslosen weiter erhöht wird;**
  - 288 • **die Vermittlung von Menschen über 50 Jahre gezielt unterstützt**
  - 289 **werden kann;**
  - 290 • **die Zahl der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten ein**
  - 291 **wichtiger Bestandteil zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit wird;**
  - 292 • **der Arbeitgeberservice als Bindeglied zwischen Wirtschaft und**
  - 293 **Jobcenter seine Beratungen ausbauen kann.-**

294

### 295 Die AVM gGmbH

296 Die AVM gGmbH als gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der beruflichen  
 297 Bildung gehört zu den erfolgreichen arbeitspolitischen Einrichtungen im Kreis.  
 298 Gesellschafter sind die Riedwerke ( 56% ) , die Stadt Rüsselsheim ( 22% ), der  
 299 Kreis Groß-Gerau ( 20% ) und das Jobcenter ( 2 % ).

300 Schwerpunkte sind die Ausbildung von am Arbeitsmarkt benachteiligten  
 301 Jugendlichen, Qualifizierungsangebote für Arbeitslose oder Ausbildung  
 302 jugendlicher Migrantinnen und Migranten. Die AVM gGmbH betreibt mit sehr  
 303 guten Ergebnissen u.a. ein Ausbildungsrestaurant in Bischofsheim.

304 Im Rahmen seines AQTIV-Centers bietet die gGmbH Programme an, die eine  
 305 Verbesserung der Vermittlungschancen von Arbeitslosen bewirken.

306 Natürlich sind durch diese sozialen Aufgaben kaum finanzielle Überschüsse zu  
307 erzielen.

308 **Die SPD tritt dafür ein, dass der Betriebsverlust der AVM gGmbH weiterhin**  
309 **finanziell ausgeglichen wird.**

310

311 Zweitausbildung

312 Die Aufgaben und Leistungen im Sozial-und Arbeitsmarktbereich sind  
313 weitgehend durch Bundesgesetze geregelt. Aber auch diese müssen in ihrer  
314 Sinnhaftigkeit hinterfragt werden.

315 Aktuell klagt die Wirtschaft über einen Mangel an Fachkräften, andererseits gibt  
316 es Menschen, die eine professionelle Zweitausbildung für einen Mangelberuf  
317 anstreben.

318 Zur Zeit würden diese Menschen einen möglichen Anspruch auf SGB-II-  
319 Leistungen verlieren, und hätten zugleich keine Möglichkeit,  
320 Berufsausbildungsbeihilfe zu beziehen.

321 **Die SPD fordert deshalb, die Gewährung der Ausbildungsbeihilfe zu**  
322 **ermöglichen, wenn eine Antragstellerin oder ein Antragsteller eine**  
323 **Zweitausbildung in einem Mangelberuf anstreben.**

324

325

326 Wohnraum

327 Ein weiteres soziales Aufgabenfeld ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

328 Beim Profil der negativen Wohnangebotsentwicklungen steht der Kreis  
329 zusammen mit der Stadt Offenbach leider auf dem höchsten Stand in Hessen.

330 Das Angebot an Sozialwohnungen ist im Kreis deutlich unterrepräsentiert. Einer  
331 der Gründe ist die unzulängliche Förderpolitik der schwarz-grünen  
332 Landesregierung.

333 In den Jahren 2015 – 2017 will das Land 150 Mio. € für den Mietwohnungsbau  
334 bereitstellen. Tatsache ist jedoch, dass in Hessen aufgrund der CDU-Politik im  
335 letzten Jahrzehnt 280.000 Sozialwohnungen fehlten, und dass es notwendig  
336 wäre, jährlich ca. 4.000 neue Wohnungen zu schaffen, wenn nur der bisherige  
337 Stand erhalten werden soll.

338 **Die SPD im Unterbezirk Groß-Gerau fordert deshalb:**

339 • **Das Land Hessen muss seine Fördermittel für den sozialen Mietwohnungsbau**  
340 **drastisch erhöhen; eine Verdoppelung auf 300 Mio. € für Mietwohnungen und**  
341 **Studentenheime ist im Landeshaushalt darstellbar.**

342 • **Zugleich sollte von den ausschließenden Einkommensgrenzen abgewichen**  
343 **werden, damit auch Familien aus dem Segment der unteren Einkommensmitte**  
344 **Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung haben.**

345 • **Der Kreis und seine Städte und Gemeinden sollen eigene Rahmenpläne für den**  
346 **sozialen Wohnungsbau entwickeln.**

347 • **Kommunale und „freie“ Wohnungsbaugesellschaften sind in diese**  
348 **Bemühungen einzubinden.**

349 • **Der kommunale Zuschuss von 10.000,- € pro Wohnung darf nicht unter die**  
350 **freiwilligen Leistungen fallen, sondern muss haushaltsrechtlich als**  
351 **Pflichtaufgabe definiert werden.**

352

353

354  
 355  
 356  
 357  
 358  
 359  
 360  
 361  
 362  
 363  
 364  
 365  
 366  
 367  
 368  
 369  
 370  
 371  
 372  
 373  
 374  
 375  
 376  
 377  
 378  
 379  
 380  
 381  
 382  
 383  
 384  
 385  
 386  
 387  
 388  
 389  
 390  
 391  
 392  
 393  
 394  
 395  
 396  
 397  
 398

### Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen

Die Aufnahme von asylsuchenden Menschen stellt eine große Herausforderung an den Kreis und die Städte und Gemeinden dar. Die Erfahrungen aus den 90-iger Jahren lassen hoffen, dass die Aufnahmebereitschaft in unserem Kreis eher positiv ausfällt.

Der Kreis wird für die Erstaufnahme der ihm zugewiesenen Flüchtlinge größere Einheiten bereitstellen, während für den längerfristigen Aufenthalt individueller Wohnraum zur Verfügung stehen soll.

Erfreulich und **förderungswürdig** ist, dass sich in zahlreichen Städten und Gemeinden Helferkreise gebildet haben, die die Flüchtlinge in vielerlei Hinsicht unterstützen; ehrenamtliche Integrationshelfer halten Sprachkurse ab, regeln Behördengänge, wenden sich an die Kleiderkammern, spenden Fahrräder oder organisieren kleine Veranstaltungen.

Aber auch der Kreis und die Städte und Gemeinden sind gefordert. Die SPD gibt an die Verantwortlichen folgende Signale:

-Die Unterbringung in Wohnzelten ist strikt abzulehnen.-

-Alle Möglichkeiten der Sozialen Dienste, des Jobcenters oder der AVM gGmbH sind zu nutzen, um den Menschen das Bewusstsein der eigenen Werthaftigkeit zu vermitteln.

- Die Asylgesetzgebung ist dergestalt zu ändern, dass Auszubildende nicht ausgewiesen werden und dass die Aufnahme eines Praktikums keine unüberwindbaren Hürden darstellt.
- Das Land Hessen wird aufgefordert, dem Beispiel Nordrhein-Westfalens zu folgen und zusätzliche Lehrkräfte für den Deutschunterricht bereitzustellen.
- Wir fordern, dass mit öffentlichen Geldern öffentlicher Not begegnet und öffentliches Wohneigentum geschaffen wird.
- Das Land Hessen wird aufgefordert, auch den direkten Ankauf von Häusern und Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen durch Städte, Gemeinden und den Kreis Groß-Gerau zu fördern und dies zu genehmigen.
- Schließlich fordert die SPD eine Vollkostenerstattung für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge.

### Demografischer Wandel

Die Anzahl der Menschen in der Altersgruppe 65-plus wird von heute ca. 50.000 auf ca. 63.000 Personen im Jahr 2030 steigen. Dies erfordert staatliche und kommunale Reaktionen.

Unsere Forderungen:

**-Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen barrierefrei sein.-**

**-Die Beratungs- und Koordinierungsstellen im Südkreis sollten erweitert werden.-**

- 399 **-Das Netz der Sozialen Dienste soll im Bereich der Beratung für psychisch**  
 400 **Kranke mittelfristig einen Schwerpunkt bilden.-**
- 401 **Beratungsangebote für Demenz- und Alzheimer-Kranke sind finanziell zu**  
 402 **fördern.-**
- 403 **-Die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern für Jung und Alt voranbringen**
- 404 **-Die speziellen Kurse der Volkshochschule für Seniorinnen und Senioren, vor**  
 405 **allem im Bereich der gesundheitlichen Prävention, sollen ausgeweitet und**  
 406 **stärker beworben werden.-**
- 407 **-Lebenslanges Lernen weiter ausbauen**
- 408 **-Die ehrenamtlichen „Generationenhilfen“ mit ihren ca. 1.800 Mitgliedern**  
 409 **benötigen Beratung, motivierende Würdigung und eine niederschwellige**  
 410 **finanzielle Zuwendung.-**
- 411 **- Soziale Inklusion im Alter - die Teilhabe der älteren Menschen einschl.**  
 412 **Migranten – in allen gesellschaftlichen Bereichen sind noch stärker zu**  
 413 **berücksichtigen.**

414

#### 415 Altersarmut

416 In einem dpa-Bericht vom 07. August 2015 wird beschrieben, dass die  
 417 Altersarmut in Deutschland ständig wächst. In den nächsten 10-15 Jahren  
 418 würden immer mehr Menschen ohne hinreichende Rentenansprüche das  
 419 Rentenalter erreichen. Im ersten Quartal 2015 waren 1 Mio. Menschen auf die  
 420 staatliche „Grundsicherung im Alter“ angewiesen; in 10 Jahren könnte diese Zahl  
 421 auf 1,6 Mio. Menschen steigen.

422 Die Landkreise können diesen Trend nicht stoppen, aber sie können durch ihre  
 423 politischen Gremien eine Verbesserung der Finanzierung der Altersversorgung  
 424 fordern. Beispiel: Die gesetzliche Rentenversicherung sollte zur  
 425 „Erwerbstätigenversicherung“ ausgebaut werden, in die alle Berufstätigen  
 426 einzahlen. Mit den zusätzlichen Einnahmen kann der Altersarmut  
 427 entgegengewirkt werden.

428

#### 429 Die ärztliche Versorgung im Kreis

430 In zunehmenden Maße finden altersbedingt schließende Hausarztpraxen keine  
 431 Nachfolgerinnen oder Nachfolger. Bei den Facharztpraxen sieht es nicht besser  
 432 aus. Z. B. ist im Kreis GG bis zum Jahr 2020 bei den Augenärzten mit bis zu 20  
 433 Praxisschließungen zu rechnen; bei den Kinderärzten mit der Schließung von vier  
 434 Praxen. Nicht hinzunehmen ist auch die Unterversorgung an Kinder- und Jugend-  
 435 Psychotherapeuten.

436 Federführend bei der Aufgabe, eine ausreichende ärztliche Versorgung  
 437 sicherzustellen, ist die Kassenärztliche Vereinigung Hessen. Diese meldet zur Zeit  
 438 bei den Allgemeinärzten eine Unterversorgung von 17 Praxen.

439 Die Politik in den Kreisen, Städten und Gemeinden können nur durch  
 440 „flankierende“ Anreize dem Mangel entgegenwirken:

441 Weiterbildungsstelle für Allgemeinmedizin als Kooperationsprojekt zwischen  
 442 Universitätskliniken und niedergelassenen Ärzten;  
 443 Hilfen bei der Wohnraumbeschaffung als günstige Rahmenbedingung.

444

#### 445 Die Kreisklinik

446 Mehr als jede zweite der kommunalen Kliniken schreibt „rote Zahlen“; so auch  
 447 die Kreisklinik Groß-Gerau GmbH mit dem Kreis als alleinigem Gesellschafter.

448 Zugleich führen die starken finanziellen Belastungen des Kreishaushalts dazu,  
 449 dass der Kreis künftig kaum in der Lage sein wird, die jährlichen Defizite der  
 450 Klinik auszugleichen. Es kann nicht Aufgabe dieses Wahlprogramms sein, zu  
 451 analysieren, welche Ursachen für die dauerhaften Verluste verantwortlich sind.  
 452 Die medizinischen Leistungen und das Engagement des Personals sind es  
 453 jedenfalls nicht.

454 Tatsache ist allerdings, dass die Preise, mit denen die Krankenhausleistungen  
 455 abgerechnet werden, deutlich niedriger sind als die Kosten; daran ändert auch  
 456 die Erhöhung der hessischen Landesfallpauschale im Jahr 2015 nicht viel.

457 In der „Kliniklandschaft“ ist zu beobachten, dass Klinikverbünde mit  
 458 Spezialisierungen oder fachbezogenen Kooperationen bessere finanzielle  
 459 Ergebnisse erzielen als kleinere selbstständige Häuser.

460 **Die SPD tritt deshalb dafür ein, dass für die Kreisklinik eine geeignete Form des**  
 461 **Zusammengehens mit einem regionalen kommunalen Partner gefunden wird.**  
 462 **Ziel muss sein, die Leistungsfähigkeit der Kreisklinik zu erhalten und eine**  
 463 **qualitativ gute medizinische Versorgung ortsnah sicherzustellen.**

464

#### 465 **VI. Die Finanzlage des Kreises**

466 Der Ergebnishaushalt des Kreises für das Jahr 2016 weist Einnahmen in Höhe von  
 467 295,7 Mio. € und Ausgaben in Höhe von 299,4 Mio. € aus; das Defizit beträgt 3,7  
 468 Mio. €.-

469 Mittels großer Protestaktionen vor dem Landtag und Klagen vor den Gerichten  
 470 verlangen die hessischen Kreise, Städte und Gemeinden – unabhängig von ihren  
 471 politischen Mehrheitsverhältnissen – ,dass das Land seiner Verfassungsverpflichtung  
 472 nachkommt, die Kreise, Städte und Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie  
 473 ihren Verpflichtungen nachkommen können.

474 Trotz einer gewonnenen Klage der Stadt Alsfeld gegen das Land Hessen und der  
 475 daraus resultierenden Neuberechnung des sogenannten Kommunalen  
 476 Finanzausgleichs sind keine entscheidenden Verbesserungen eingetreten.

477 An einem Zahlenbeispiel soll die Situation deutlich gemacht werden:

478 Das Land zahlt dem Kreis für das Jahr 2016 voraussichtlich eine Schlüsselzuweisung  
 479 in Höhe von 53 Mio. €.

480 Die zu 90% unabwendbaren Nettoausgaben für den Teilhaushalt „Soziales und  
 481 Gesundheit“ betragen 88, 2 Mio. €. Allein an diesem Missverhältnis ist zu erkennen,  
 482 warum den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine hohe Kreisumlage  
 483 abverlangt wird. Zugleich wird deutlich, dass sich die Kreise, Städte und Gemeinden  
 484 keine wesentlichen „freiwilligen Leistungen“ werden leisten können. Da diese

485 Finanzsituation in ähnlicher Weise fast alle Kommunen trifft, spürt dies die  
 486 Einwohnerschaft direkt im Geldbeutel: Friedhofsgebühren werden um das 3-fache  
 487 erhöht, Grundsteuern steigen um 50 bis 100%, Kindertagesstättengebühren müssen  
 488 drastisch erhöht werden, eine Steigerung der Gewerbesteuer belastet das örtliche  
 489 Gewerbe und der Personaleinsatz wird zurückgefahren. Diese Situation trifft alle  
 490 Kommunen, unabhängig von ihren jeweiligen politischen Mehrheiten. Eindeutig ist,  
 491 dass es die CDU-geführte Landesregierung ist, die auf dem Weg über die Kommunen  
 492 die Bürgerschaft zur Kasse bittet.

493 **Die SPD im Unterbezirk Groß-Gerau fordert deshalb die Hessische Landesregierung**  
 494 **und die Fraktionen von CDU und Grünen im Landtag auf, die Kreise, Städte und**  
 495 **Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie die ihnen auferlegten**  
 496 **Pflichtausgaben erfüllen können, und darüber hinaus noch verantwortungsvolle**  
 497 **Entscheidungen zu Gunsten von Kultur, Sport und Ehrenamt treffen können.**

498

## 499 VII. Die Energiewende konsequent umsetzen

500

501 Nach dem Reaktorunfall in Fukushima wurden plötzlich die Bedenken und  
 502 Warnungen der Umweltschützer und Atomkraftgegner ernst genommen: Im März  
 503 2011 wurden die beiden Druckwasserreaktoren im benachbarten AKW –Biblis  
 504 stillgelegt. Der Rückbau der inneren Reaktoranlagen soll gegen Ende des Jahres  
 505 2015 beginnen und Jahrzehnte dauern.

506 Politisch war damit in Deutschland ernsthaft die Energiewende eingeleitet. Wichtige  
 507 Akteure in diesem Vorhaben sind die Kreise, Städte und Gemeinden mit  
 508 Energiekonzepten, Sparplänen und Investitionen bei ihren Bauvorhaben.  
 509 Der Kreistag hatte bereits im Jahr 2007 beschlossen, im Rahmen des  
 510 Klimaschutzbündnisses ein Konzept zu entwickeln, das bis zum Jahr 2030 bei der  
 511 Wärmeenergie 49 % der CO<sup>2</sup> -Emissionen als Sparziel vorsieht und beim Strom bis  
 512 2020 20% einzusparen verspricht. Die Deckung des verbleibenden Strombedarfs soll  
 513 bis 2020 zu 30 % aus erneuerbaren Energieträgern erfolgen; Grundlage ist der  
 514 Verbrauch im Jahr 1990.

515 Bei diesem ehrgeizigen Vorhaben stehen dem Kreis die Riedwerke und das  
 516 Überlandwerk Groß-Gerau zur Seite.

517 Neben den Zielsetzungen für den Gesamtkreis ist der Kreis angetreten, gerade bei  
 518 den kreiseigenen Liegenschaften (Schulen, Sporthallen, Verwaltungsgebäude) die  
 519 selbstauferlegten energiepolitischen Ziele zu erreichen.

520 Technische Grundlagen dafür sind:

- 521 • **Alle Neubauten sollen in Passivhausbauweise errichtet werden.**
- 522 • **Der Anteil des Stroms aus Fotovoltaikanlagen ist zu erhöhen.**  
 523 (z. Z. ist der Stromverbrauch der Kreisliegenschaften zu 27 % durch PV-  
 524 Strom gedeckt)
- 525 • **Reduzierung des Öl-und Gasverbrauchs durch Pelletanlagen (zur Zeit sind**  
 526 **sechs Pelletkessel in Betrieb).**
- 527 • **Betrieb von weiteren Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (BHKW)**
- 528 • **Fortsetzung der Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden mit dem Ziel der**  
 529 **Einsparung von Wärmeenergie-**

530 Es gehört zu den Grundsätzen sozialdemokratischer Politik im Kreis Groß-Gerau,  
 531 dass im Sinne des **Klimaschutzes** und der Schonung nicht-erneuerbarer  
 532 Ressourcen die ehrgeizigen Energiesparprogramme fortgesetzt werden.

533 **Speziell zur Senkung des Stromverbrauchs ist es zwingend geboten, den Einsatz bereits**  
 534 **existierender technischer Möglichkeiten zu nutzen.**

535  
 536  
 537 Als wichtigen Schritt hin zur Energiewende betrachten wir den Bau des ersten  
 538 Tiefengeothermiekraftwerks in Hessen. Das Kraftwerk, das an der Gemarkungsgrenze von  
 539 Trebur zu Nauheim gebaut wird, kann zukünftig etwa 25 Millionen Kilowattstunden  
 540 Ökostrom produzieren. Rund 21.000 Menschen im Kreis Groß-Gerau können so mit Strom  
 541 aus regenerativen Energiequellen versorgt werden. Zusätzlich kann mit der vom Kraftwerk  
 542 produzierten Wärme der Jahreswärmebedarf von ca. 400 Privathaushalten gedeckt werden.  
 543 Beides bewirkt, dass so gut 27.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden können.

544

545

#### 546 **VIII. Umwelt- und Naturschutz**

547

548 Für die SPD im verkehrsreichen und keineswegs ländlichen Kreis Groß-Gerau ist  
 549 Umweltschutz eine Zukunftsinvestition in Lebensqualität, gesundheitliche Vorsorge  
 550 und Erhalt des Ökosystems.

551 Wichtige Faktoren sind:

552 Luftreinhaltung,

553 Lärmschutz,

554 saubere Gewässer,

555 ein intaktes Ökosystem und die biologische Vielfalt,

556 der Erhalt der Wälder.

557 Alle diese Ziele sind für die sozialdemokratische Politik im Kreis Groß-Gerau eine  
 558 große Herausforderung.

559

#### 560 Flughafen Frankfurt

561 Der Flughafen Frankfurt ist ohne Zweifel ein außerordentlich bedeutsamer  
 562 Wirtschaftsfaktor, dessen Anziehungskraft auf Unternehmensansiedlungen und  
 563 Arbeitsplatznachfrage weit über die Region hinaus wirkt.

564 Für die Lebensqualität der Menschen im näheren Umfeld der Start-und  
 565 Landebahnen entstehen jedoch erhebliche Nachteile:

566 Lärmbelastungen können zu schwerwiegenden Erkrankungen führen und der  
 567 lärmbedingte Konzentrationsmangel beeinträchtigt Lern- sowie Arbeitsleistungen.

568 Neuere wissenschaftliche Studien zeigen immer genauer, mit welchen negativen  
 569 Folgen für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit bei Menschen zu rechnen ist, die  
 570 gravierendem Fluglärm ausgesetzt sind.

571 Schwächere Schulleistungen, bedingt durch den Schallpegel, wurden

572 wissenschaftlich nachgewiesen. Auswirkungen sind unter anderem ein schlechteres

573 Langzeitgedächtnis, ein schlechteres Erinnerungsvermögen, Defiziten in der

574 Sprachwahrnehmung, ein schwächeres Leseverständnis sowie die Zunahme von

575 Aufmerksamkeitsdefiziten bei den Schülerinnen und Schülern.

576 Das werden wir nicht hinnehmen.

577  
 578 Die bisherigen Reduzierungsversuche sind nicht ausreichend. Eine Umverteilung  
 579 alleine löst das Fluglärm-Problem nicht. Die Sozialdemokraten im Kreis Groß-Gerau  
 580 fordern daher die sofortige Umsetzung aller machbaren und wirksamen  
 581 Lärminderungsmaßnahmen. Die Einführung lärmarmen Technologie darf nicht an  
 582 wirtschaftlichen Interessen scheitern.  
 583 Gesundheit und Lebensqualität sind wesentliche Ziele unserer Arbeit. Deshalb  
 584 geben wir uns auch nicht mit einem Nachtflugverbot von 23.00 – 05.00 Uhr  
 585 zufrieden. Auf dem Weg zu einem vollständigen Nachtflugverbot von 22.00 – 06.00  
 586 Uhr kämpfen wir engagiert und kompetent für den Wegfall bestehender nächtlicher  
 587 Flugbewegungen.  
 588 Damit man im Kreis Gerau störungsfrei schlafen und leben kann, wollen wir den  
 589 Schutz vor Fluglärm auf gesetzlicher Ebene wirksam verankern. Gleichzeitig streben  
 590 wir die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn sowie die Erhebung einer  
 591 Klimaschutzabgabe für den Luftverkehr an.

592  
 593  
 594

#### Die biologische Vielfalt

595  
 596  
 597 Im Kreis Groß-Gerau gibt es 32 Naturschutzgebiete; mit dem Bereich Kühkopf-  
 598 Knoblochsaue beherbergt der Kreis das größte Naturschutzgebiet Hessens. Aber  
 599 auch das Areal Mönchsbruch mit ca. 1.000 Hektar Fläche zeigt den Menschen die  
 600 Vielfalt und den Kreislauf der Natur.  
 601 Die SPD tritt dafür ein, dass diese Zonen nicht durch zerstörerische menschliche  
 602 Eingriffe (Rodungen, Kiesabbau, Grundwasserabsenkung, Straßenbau)  
 603 beeinträchtigt werden.  
 604 In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die wenigen intakten Streuobstwiesen  
 605 im Kreisgebiet fachkundig und behutsam zu pflegen sind.

606  
 607

#### Zum Erhalt der Wälder

608  
 609 Natürlich wehren wir uns gegen Eingriffe in unsere Wälder im Zuge wirtschaftlicher  
 610 Interessen, wie z. B. Flughafenerweiterungen oder Kies- und Sandabbau. Die  
 611 bestehenden Waldgesellschaften sollen erhalten bleiben. -  
 612 **Ein schwieriges Problem ist die Rettung der Riedwälder im Südkreis:**  
 613 Bei hohen Grundwasserentnahmen durch die Wasserwerke sterben die Bäume ab,  
 614 bei geringer Förderung kommt es zu Vernässungsschäden in der Landwirtschaft  
 615 oder in Siedlungen.  
 616 Ein zur Lösung des Problems eingesetzter „Runder Tisch“ hat mit einem fundierten  
 617 Gutachten ein Modell entwickelt, das zur Verbesserung der Grundwassersituation  
 618 und damit zum Erhalt der Wälder beitragen kann und gleichzeitig die negativen  
 619 Folgen einer Grundwasseranhebung zu vermeiden hilft.

620  
 621 Dieses System einer alternierenden Grundwasseraufspiegelung scheint jedoch zur  
 622 Zeit wegen der hohen Kosten nicht realisierbar zu sein.  
 623

624 Ein wichtiger Partner zur Lösung dieses Problems kann der „Wasserverband  
 625 Hessisches Ried“ sein, der vom Kreis gefördert wird. Durch die Entnahme von  
 626 Rheinwasser, dessen Filterung und Reinigung bis zur Trinkwasserqualität und der  
 627 anschließenden Infiltration des gereinigten Wassers wird das Grundwasservakuum  
 628 entlastet. Darüber hinaus ermöglicht der Verband die Beregnung  
 629 landwirtschaftlicher Flächen in großem Ausmaß.

630 **Die SPD fordert, dass Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland, das**  
 631 **Land Hessen und die Wasserwerke gemeinsam ein Finanzierungsmodell für dieses**  
 632 **Pilotprojekt entwickeln.**

633

### 634 Abfallwirtschaft

635

636 Das beste Signal für eine erfolgreiche Abfallwirtschaft wäre die Reduzierung der  
 637 Abfälle in Privathaushalten sowie in Industrie und Gewerbe; dies bleibt jedoch eine  
 638 Illusion.

639 Im Kreis Groß-Gerau ist der Zweckverband **Riedwerke**, in dem der Kreis sowie die  
 640 Städte und Gemeinden Verbandsmitglieder sind, für die Abfallwirtschaft zuständig.  
 641 In diesem Gemeinschaftsunternehmen mit seinen zahlreichen  
 642 Beteiligungsgesellschaften spielt der Umweltschutz eine wichtige Rolle. Das  
 643 Unternehmen achtet darauf, dass alle seine Aktivitäten nicht nur wirtschaftlich,  
 644 sondern zugleich umweltverträglich sind. Dies zeigt sich auch mit der konsequenten  
 645 Zuführung von Wertstoffen in den Recyclingkreislauf. Da jedoch nicht alles, was als  
 646 Müll angeliefert wird, in wiederverwertbare Rohstoffe verwandelt werden kann, ist  
 647 auch eine Deponierung der Reststoffe nötig: Die Deponie in Büttelborn gehört  
 648 mittlerweile zu den sichersten und leistungsfähigsten Anlagen in Südhessen; dies  
 649 zeigt sich in Kooperation mit der großen Müllverbrennungsanlage in Darmstadt.  
 650 Ob Restmüll, Bioabfall, Grünabfall, Bauschutt, Altholzverwertung, Elektroschrott  
 651 oder Metalle: Die Riedwerke sind durch ihre modernen Technologien und ihre  
 652 Kooperation mit zuverlässigen Partnern gut aufgestellt.

653 Ein Beweis dafür sind die angemessenen Abfallgebühren, die von den Riedwerken  
 654 den Städten und Gemeinden in Rechnung gestellt werden und die diese dann von  
 655 den Haushalten einfordern.

656 **Im Zusammenhang mit dem Kapitel Riedwerke fordert die SPD, dass keine- auch**  
 657 **nur schwach-radioaktiven Abfälle - beim Rückbau der AKW-Anlagen in Biblis auf**  
 658 **der Deponie Büttelborn gelagert werden dürfen.**

659

## 660 **IX. Das gemeinschaftliche Miteinander im Kreis**

661

662 Die große Bedeutung von Sport, Kultur, Vereinen und vielen Formen  
 663 bürgerschaftlichen Engagements liegt in der Begegnung der Menschen, der  
 664 Vermeidung von Isolation und dem Bewusstsein, zu einer Gemeinschaft zu gehören.  
 665 Wenn Tausende Menschen an der Veranstaltung „Der Kreis rollt.“ oder beim „Volk  
 666 im Schloss“ zusammenkommen oder die „Spargeltage im Gerauer Land“ über die  
 667 Kreisgrenzen hinaus Menschen in den Kreis führen, ist erkennbar, dass sich die  
 668 Kreisbevölkerung mit dem, was der Kreis bietet, identifiziert.

669 Der **Sportkreis Groß-Gerau** mit seinen 265 Vereinen und ca. 88.000 Mitgliedern  
 670 zählt zu den acht größten Sportkreisen in Hessen.

671 **Der Kreis stellt den Vereinen kostenlos Übungsflächen in seinen 33 Sporthallen zur**  
 672 **Verfügung. Er entlastet damit auch die Städte und Gemeinden, in denen die**  
 673 **Vereine beheimatet sind.**

674 • **Die SPD fordert, dass dieses Prinzip auch bei knappen Finanzen ohne Abstriche**  
 675 **erhalten werden muss.**

676 Sport fördert die Gesundheit und dient in zunehmendem Maße der Integration von  
 677 Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln.

678 Der **Sängerkreis** Groß-Gerau mit seinen ca. 1.700 Sängerinnen und Sängern  
 679 beheimatet 36 Mitgliedsvereine. Die Chöre wirken bei zahlreichen kommunalen  
 680 Veranstaltungen, wie z. B. bei Seniorennachmittagen oder Weihnachtsfeiern mit.  
 681 Der Kreis selbst veranstaltet jährlich den „Abend der Chöre“ mit Sängerinnen und  
 682 Sängern unterschiedlicher Chorgattungen.

683 Auch bei speziellen kulturellen Veranstaltungen kann sich der Kreis sehen lassen:  
 684 Die Abendkonzerte im Landratsamt sind stets ausverkauft, die „Kunst im Foyer“  
 685 bietet Künstlerinnen und Künstlern aus dem Kreis die Möglichkeit, ihre Arbeiten der  
 686 Öffentlichkeit zu präsentieren. Das Theaterfestival „Volk im Schloss“ ist mittlerweile  
 687 zu einem Höhepunkt regionaler Kulturveranstaltungen geworden.

688 Die Mitwirkung beim „Kultursommer Südhessen“ und die Mitgliedschaft in der  
 689 „Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gmbH“ zeigen, dass der Kreis über seine  
 690 Grenzen hinaus ein viel beachtetes kulturelles Angebot vorweisen kann.

691 • **Die SPD tritt dafür ein, dass diese „freiwilligen Leistungen“ weiterhin finanziert**  
 692 **werden, denn Kultur darf nicht allein der kommerziellen**  
 693 **Unterhaltungsindustrie überlassen werden.**

694 Auch die zahlreichen sozial-tätigen Vereinigungen und Verbände, wie der  
 695 Kinderschutzbund, Frauenhausverein, Wildwasser oder die Ortsgruppen des DRK  
 696 mit ihren freiwilligen und kompetenten Einsatzkräften verdienen öffentliche  
 697 Unterstützung.

698 Die Freiwilligen Feuerwehren der Städte und Gemeinden zeichnen sich durch eine  
 699 hohe Leistungsfähigkeit, schnelle Einsatzbereitschaft und den Willen zur ständigen  
 700 Fortbildung aus. Unterstützung erhalten sie durch die professionelle  
 701 Brandschutzabteilung des Kreises. Immerhin gab es im Kreis im Jahr 2013 über 800  
 702 Brandeinsätze und mehr als 1.000 Hilfeleistungseinsätze. Der Kreis unterstützt die  
 703 Wehren durch Fördermittel bei Baumaßnahmen und Gerätebeschaffungen.-

704 Auch das „Neue Ehrenamt“ ist ein förderungswürdiges Element einer solidarischen  
 705 Gemeinschaft: Sprachhilfen an den „Runden Tischen“ der Flüchtlingsbetreuung, die  
 706 Vereine zur Generationenhilfe in den Städten und Gemeinden, Tafelprojekte und  
 707 Kleiderkammern zeigen, dass Solidarität und bürgerschaftliches Engagement ein  
 708 gutes Fundament für das Miteinander der Menschen im Kreis Groß-Gerau sind.

709 Zuletzt soll noch auf eine besondere Aktivität im Kreis hingewiesen werden: Durch  
 710 einen von der SPD-Fraktion initiierten Kreistagsbeschluss wurde der Kreisausschuss  
 711 aufgefordert, **ein Netzwerk gegen den Rechtsextremismus aufzubauen und zu**  
 712 **betreuen.** Auch in den Städten und Gemeinden gründeten sich Aktionsbündnisse  
 713 gegen Rechtsradikalismus (z. B. in Groß-Gerau auf Initiative des DGB-Ortsverbands).  
 714 Die Aktivitäten des Netzwerks stützen sich auf unterschiedliche Institutionen:

715 Die Kreisvolkshochschule weist durch Vorträge und Seminare darauf hin, wie in der  
716 schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit Jugendlicher deren kritischer Blick  
717 auf die Argumente und Verhaltensweisen Rechtsradikaler geschärft werden kann.

718 Infoveranstaltungen der Kreisjugendpflege und der örtlichen Jugendarbeit machen  
719 auf die menschenverachtenden, ewig-gestrigen Grundeinstellungen des  
720 rechtsextremen Gedankenguts aufmerksam und weisen auf die Gefahren für ein  
721 demokratisches und tolerantes Miteinander hin. Auch im Programm der  
722 Evangelischen Dekanatsjugend Groß-Gerau gehört der Rechtsextremismus zu den  
723 aktuellen gesellschaftlichen Problemfeldern.

724 Da zu befürchten ist, dass in naher Zukunft rechtsradikale Aktivitäten eine Zunahme  
725 erfahren, fordert die SPD ein starkes Engagement des Kreises im Netzwerk gegen  
726 Rechtsradikalismus und Rassismus.

---

727

728 • ***Diese kompakte Zusammenstellung der Aufgaben und Leistungen des Kreises***  
729 ***zeigt, dass es sich:***

730 • ***im Kreis Groß-Gerau gut leben lässt,-***

731 • ***das Angebot an Arbeitsplätzen gut ist,-***

732 • ***die Schulen für vielseitige, gute Bildung und Chancengleichheit sorgen,-***

733 • ***das soziale Netz engmaschig ist-***

734 • ***und Umwelt-sowie Naturschutz eine hohe Priorität genießen.***

735 ***Dies alles ist nicht zufällig entstanden: Seit 1946 ist die SPD die größte Fraktion im***  
736 ***Kreistag und ihr gehörten in den fast siebzig Jahren alle sechs Landräte an.***